

Axel Reetz

Baltische Staaten: Politiker als Fixpunkte und verschiedene Varianten von parteipolitischer Fluidität

Einleitung

Die baltischen Staaten bilden eine besondere Gruppe unter den postsozialistischen Staaten: sie sind einerseits als Teil der Sowjetunion vor der Wende nicht unabhängig gewesen, seit 2004 aber zusammen mit fünf weiteren postsozialistischen Staaten als einzige ehemalige Teilrepubliken dieses untergegangenen Staates Mitglieder der Europäischen Union geworden, weshalb sie auch als postsowjetische Ausnahmefälle bezeichnet werden. Gleichzeitig sind Estland, Lettland und Litauen die parteipolitisch betrachtet instabilsten Demokratien unter den EU-Beitrittsstaaten Raumes.

Zweifelsohne gibt es große Ähnlichkeiten unter den postsozialistischen Staaten von Estland bis Bulgarien oder vom Baltikum bis zum Kaukasus, aber auch große Unterschiede. Insofern kann nicht einzig und allein das postsozialistische Erbe der Erklärung der Parteiensysteme zugrunde gelegt werden. Viele der in den vergangenen Jahren publizierten Erklärungsversuche über die Entwicklung der Parteiensysteme erwiesen sich einstweilen als zu „sophisticated“ (Reetz 2004, 7), um die beobachteten Phänomene überzeugend zu erklären. Die Einmaligkeit der Transformation von der Diktatur zur Demokratie in einem geographisch so großen Raum überforderte offensichtlich die Theoretiker. Nachdem ursprünglich allgemein davon ausgegangen worden war, der Osten werde sich dem Westen annähern – Elite wie Bevölkerung strebten gleichermaßen die „Rückkehr nach Europa“ an – gewinnt nun wieder die 1991 noch als Außenseitermeinung gewertete Vermutung Przeworskis an Gewicht, nach welcher der Osten zum Süden würde (Przeworski 1991, 191).

Nicht nur die gemeinsame sowjetische Vergangenheit, auch andere geschichtliche Gemeinsamkeiten lassen manchen Beobachter häufig auch für die Gegenwart der drei benachbarten Staaten mehr Gemeinsamkeiten annehmen, als sich aber tatsächlich in einer genauen Analyse der Entwicklung der Parteien und Parteiensysteme nachweisen lassen.

Historische Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Der Begriff „Baltikum“ für Estland, Lettland und Litauen entstand im deutschen Sprachraum erst im 19. Jh. wegen der Lage am Ufer der lateinische „Mare Balticum“ genannten Ostsee. Dabei hat der Begriff der Balten einen weiteren etymologischen Ursprung in den einzig übrig gebliebenen

baltischen Stämmen – Letten und Litauer – die Untergruppe der indo-europäischen Völker sind, zu denen die Esten als finno-ugrisches Volk nicht zählen.

Auch später blieben die drei Nachbarn ungleich. Grundlagen ihres heutigen spezifischen Selbstverständnisses bilden solche eher zufälligen Aspekte wie die Möglichkeit in Estland zur Sowjetzeit (vergleichbar mit dem Westfernsehen in der DDR) finnisches Fernsehen zu sehen. Das Selbstbewusstsein der Litauer gründet sich dagegen eher auf ihre fernere Geschichte. Bereits im Mittelalter existierte ein eigener Staat, ein Großfürstentum, welches - in der Union mit Polen - eine Großmacht war. Auch die Einzigartigkeit des Katholizismus als Glaubensbekenntnis innerhalb der Sowjetunion trug zur litauischen Identität bei. Die Letten sind dagegen eine spät aus verschiedenen Stämmen zusammengewachsene Nation, deren Bevölkerungsgruppen zwischen 1629-1918 auf verschiedene Staaten bzw. später innerhalb des Zarenreichs auf verschiedene, ethnisch gemischte Verwaltungseinheiten aufgeteilt waren.

In gewissem Maße einheitlich verlief die Geschichte des Baltikums hingegen erst seit der dritten polnischen Teilung 1795, zunächst als Teil des Zarenreiches. Später dann teilten die drei Staaten die Erfahrung des Kampfes um ihre Unabhängigkeit, sie waren in der Zwischenkriegszeit anfangs instabile Demokratien, später dann gleichermaßen autoritäre Regime (Tuchtenhagen 2005). Schließlich existiert die gemeinsame Erfahrung der sowjetischen Okkupation, der folgenden Vereinheitlichung der Institutionen und der späten Liberalisierung des Regimes unter Gorbatschow.

Gerade jetzt, trotz der oberflächlich betrachtet ähnlichen Entwicklung in dieser Phase, in denen in allen Staaten Umbrella-Bewegungen entstanden, bildeten sich die ersten Unterschiede heraus. Während sich in Lettland die politische Elite wenig wandelte, so räumte Estland unter der Parole „plats puhtaks“¹ grundlegend auf.

Konstitutionelle Rahmenbedingungen

Alle drei baltischen Republiken verfügen heute über Einkammerparlamente, deren Wahlrecht jedoch unterschiedlich ausfällt – mit allen Auswirkungen auf die Parteien, ihre Wahlchancen und auch auf einzelne Politiker und ihre Lokomotivfunktionen im Wahlkampf.

In Estland enttäuscht die Wähler, dass sie die 101 Sitze der Kammer Riigikogu in einem System mit Vorzugsstimme zwar für einen bestimmten Kandidaten direkt votieren können, dessen Popularität jedoch häufig die nötige Quote für ein Mandat mehrfach übersteigt. Dann ziehen dank der zahlreichen Ausgleichsmandate über die Parteilisten auch jene Kandidaten ins Parlament,

¹ Das bedeutet „den Platz säubern“ oder „tabula rasa“.

denen nur wenige Wähler ihre Vorzugsstimme gegeben haben (Taagepera 1999, 21ff.). Lettland wählt mit lose gebundenen Listen die 100 Abgeordneten der Saeima. Dabei ist es den Kandidaten möglich, in mehr als einem der fünf Wahlkreise anzutreten, wie auch die Wähler die Möglichkeit haben, landesweit, in einem beliebigen Wahllokal, ihre Stimme abzugeben. Litauen hat für den Seimas ein Grabenwahlsystem etabliert, welches die Wahl von 71 Direktkandidaten in Einmannwahlkreisen mit absoluter Mehrheit, wofür ggf. ein zweiter Wahlgang und entsprechende Wahlabsprachen erforderlich sind, neben 70 nach Verhältniswahlsystem mit starren Listen bestimmten Kandidaten vorsieht. In Litauen ist das gesamte Staatsgebiet ein einziger Wahlkreis. Auf diese Weise wird Kleinstparteien durch populäre Einzelkandidaten der Einzug ins Parlament ermöglicht, aber auch die Fraktionsdisziplin jener Politiker unterminiert, die direkt gewählt später zu einer der größeren Fraktion gehören. Als Wahlkoalition antretende Parteien bilden oft anschließend keine Fraktionsgemeinschaften.

Der Präsident wird nur in Litauen direkt vom Volk gewählt, in Estland und Lettland hingegen vom Parlament. Dabei genügt in Lettland die absolute Mehrheit, in der Regel kann also wenigstens theoretisch jede Regierung „ihren“ Kandidaten durchsetzen.² In Estland ist eine Dreiviertelmehrheit erforderlich. Kann kein Kandidat so viele Stimmen auf sich vereinigen, wird ein Organ aus den Abgeordneten des Parlamentes und Vertretern der kommunalen Volksvertretungen gebildet, in welchem nur noch die absolute Mehrheit erforderlich ist. Da die Parteimitgliedschaft und folglich Fraktionsdisziplin der lokalen Mandatsträger oft schwer zu prognostizieren ist, sind die Abstimmungsergebnisse von der politischen Elite auf nationaler Ebene in der Regel schwieriger zu beeinflussen.

Parteiengesetzgebung

Während die Mindestmitgliedzahl zur Gründung einer Partei in Estland 1.000 beträgt, was jeweils zum 1. Januar überprüft wird, sind es in Lettland gerade einmal 200. Später dürfen 150 Mitglieder nicht unterschritten werden. Ein neues Parteiengesetz verlangt die erneute Registrierung bis zum 31.12.2007. Ob dies alle registrierten Parteien befolgen, ist zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Textes (im Dezember 2007) noch nicht klar. In Litauen beträgt die Mindestmitgliedzahl zur Gründung einer Partei 400.

Während sich die Parteienfinanzierung durch den Staat in Estland und Litauen nach dem Wahlergebnis beim vorangegangenen Urnengang richtet, verfügt Lettland als einziger Staat der

² Dies geschah mit der Wahl von Valdis Zatlers zum Präsidenten im Frühjahr 2007. Noch 1999 hatte sich die damalige regierende Koalition aber nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können. Dann einigten sich Parteien aus Regierung und Opposition gemeinsam auf Vaira Vīķe-Freiberga, woraufhin die Regierung stürzte.

EU nicht über eine staatliche Parteienfinanzierung. Parteispenden sind möglich, müssen von den Parteien offengelegt werden. Jedoch gibt es einstweilen durch Lücken im Steuerrecht insofern Schlupflöcher, als das Geld problemlos über Mittelsmänner gespendet werden kann, da kein Spender gezwungen wird offenzulegen, woher sein Geld stammt. Jüngst gab es sogar Diskussionen unter führenden Politikern über eine mögliche Aufhebung der bisher geltenden Obergrenze für Wahlkampfausgaben. Dagegen erhob sich jedoch heftiger Widerspruch, dies dürfe erst diskutiert werden, wenn Lettland eine Gesetzgebung verabschiedet, die eine klare Offenlegung von Vermögen und Einkommen der Politiker gegenüber der Steuerbehörde vorsieht, was bislang jedoch noch nicht geschehen ist (Spolitis 2007a). Eine Umsetzung dieses Vorschlages würde jedenfalls angesichts der oligarchischen Strukturen in Lettland die politischen Kräfte deutlich benachteiligen, hinter denen keine einflussreichen und zahlungskräftigen Kreise stehen.

Politisch-kulturelles Erbe des Staatssozialismus

Eine Bevölkerung, der Demokratie und Marktwirtschaft über Jahrzehnte nur vom Hörensagen bekannt war und die an die Vermittlung nur einer Wahrheit über die Medien gewöhnt war, litt und leidet unter Missverständnissen, die Folge einer idealisierten Betrachtung aus der Ferne sind. Dass in den „westlichen Demokratien“ über Lösungen stets gestritten wird, ist keine Einsicht, die in den der eigenen Medien vermittelt wird (Reetz / Spolitis 2007a). Für viele war Demokratie insofern zunächst identisch mit der Durchsetzung eines nicht näher definierten gemeinen Volkswillens, eines Zustands wie „ex ante Sowjetzeit.“ Die Bevölkerung rezipierte die Demokratie als Vehikel, die Unabhängigkeit zu erhalten, dieses Verständnis brachte Ostrowska auf die Formel: „If the price for sovereignty (understood as a nation state), is democracy – let it be democracy.“ (Ostrowska 2000, 156) Die Marktwirtschaft wurde damit assoziiert, dass sich ein dem westlichen Lebensstandard entsprechender Wohlstand, der im Unwissen über das reale Leben als „Schlaraffenland“ wahrgenommen wird, irgendwie automatisch einstellt. Diese naiven Erwartungen wurden in die Akteure des Umbruchs gesetzt, welche die Durchschnittsbevölkerung schnell tief enttäuschen mussten.

Was tatsächlich die gesellschaftliche Öffnung und die wirtschaftliche Eigenverantwortlichkeit mit sich brachte, wurde ebensowenig erwartet wie begrüßt. Die hohen Erwartungen an den Staat in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht blieben von den politischen und ökonomischen Veränderungen in weiten Teilen der Bevölkerung unberührt. Die soziale Ausdifferenzierung der Gesellschaft, die damit verbundene Entstehung von sozialen Schichten, wird grundsätzlich

abgelehnt. Das beinhaltet auch die im Pluralismus übliche Organisation und Vertretung von sozialen Interessen (Reetz / Spolītis 2007, 143). Vereinfacht gesagt, die Bevölkerung hängt mehrheitlich sehr idealen Vorstellungen von der demokratischen Regierungsweise an.

Die aus den Zeiten der Diktatur nachwirkende Abneigung gegen das Politische geht nunmehr in eine abgrenzende „Wir contra Sie“-Mentalität (Mény 1997, 9) der Bevölkerung gegenüber der politischen Elite über. „Die erworbene Abneigung gegen die vorangegangene autoritäre Form der Politik mischt sich in bedenklicher Weise mit Frustration gegenüber den Resultaten einer Demokratisierung, die fast ausschließlich durch die Partieliten getragen wird“. (Segert 1998, 108)

Diese Mentalität ist ein Erbe der sozialistischen Gesellschaft, wo es in einer weitgehend nivellierten Gesellschaft die aus den etablierten Demokratien bekannten soziokulturellen Milieus nicht gab und ein kollektivistisches Denken vorherrschte. Pabriks bezeichnet das als Folge einer Verabsolutierung des kommunitarischen Begriffes durch das sowjetische Regime. (Pabriks 1998, 101) Dies erschwert oder verunmöglicht teilweise sogar eine Identifizierung mit „klassischen“ ideologischen Denkschulen, an denen sich auch die Parteien orientieren. Darum gibt es – vielleicht mit der Ausnahme des Sajūdis (Bewegung) in Litauen – in den baltischen Republiken keine Organisationen und Bewegungen, die so wie Solidarność in Polen mit ihren Nachfolgeparteien als stabiles Milieu gelten könnten, aus dem wiederum Parteien und Parteiensystemen sich entwickeln können.³ Den existierenden Parteien mangelt es an sozialer Verankerung und die Bevölkerung überlässt der Politik durch ihre Zurückhaltung ein freies Feld, was oligarchischen Strukturen fördert. Die Elite nutzt diese mangelnde Kontrolle zur Korruption aus, eine Situation, die für Lettland bereits als Kleptokratie bezeichnet wurde. (Kemers 2001)

Die „gelernte Passivität im öffentlichen Leben“ (Juchler 1994, 125) hat als weiteres Erbe des Sozialismus zur Folge, dass es im demokratischen Entscheidungsprozess an der nötigen Partizipation der Bevölkerung mangelt.⁴ Während der Sowjetzeit war die Zurückhaltung sowohl ein Zeichen des Protests als auch Selbstschutzes. (Putniņa, 2001) Jedoch auch in der Gegenwart lässt die Menge der alltäglichen Problemen den meisten Menschen ebenfalls kaum Zeit für ein ehrenamtliches Engagement (Ostrovskā 1996/97, 78), was ganz im Gegenteil zur Begeisterung

³ Auch in Litauen gilt das nur eingeschränkt, denn vom Sajūdis blieb auch nur der Flügel von Vytautas Landsbergis übrig. Der im Westen bekannteste Politiker seiner Zeit spaltete in Litauen die öffentliche Meinung.

⁴ So ist am 7. Juli 2007 das Referendum über die von Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga nicht ausgefertigten Änderungen im Gesetz zur nationalen Sicherheit, welches der Regierung einen größeren Einfluss geben sollte, wegen mangelnder Beteiligung gescheitert. Das Datum der Abstimmung hatten viele Paare als Hochzeitstag ausgewählt.

der Umbruchszeit steht, als die Menschen im Januar 1991 auf den Barrikaden in Tallinn und Riga bereit waren, die staatlichen Institutionen gegen die sowjetische Zentralmacht zu schützen, ohne deren Reaktion vorher absehen zu können. Dies wurde vielfach als Zivilgesellschaft bezeichnet, war aber eher Zivilcourage.

Segerts auf Osteuropa insgesamt bezogene Feststellung, das „Bewusstsein über die Demokratie als Wert musste keinesfalls erst vom Westen in die Gesellschaften des Ostens hineingetragen werden“ (Segert 2007, 211f.) gilt somit für die baltischen Staaten nur eingeschränkt. Dagegen scheint eine andere These sich hier zu bestätigen, nämlich seine Annahme, dass staatlich aufgezwungene Ordnungsmechanismen aus der sozialistischen Zeit in „Verhaltensweisen, Erwartungen und informellen Institutionen in die Gegenwart“ etwa in Form von Korruption als Folge der sozialistischen Netzwerke hineinwirken (Segert 2007, 7, 209). Freiheit wird gerne als Recht zur Willkür missverstanden, was sich in einem Laisser-faire Verhalten im Alltag ausdrückt. Dem häufigen Ruf nach Ordnung steht die gleichzeitige Ablehnung von Vorschriften und Gepflogenheiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens, auch von Höflichkeitsformen entgegen. Das äußert sich beispielsweise im aggressiven Verkehrsverhalten wie auch an ablehnenden Einstellungen beispielsweise gegenüber (sexuellen) Minderheiten.⁵

Cleavages

Obwohl die Gesellschaft während des Sozialismus wie erwähnt unter politischem Druck nivelliert war, gab und gibt es in den betrachteten postsozialistischen Gesellschaften des Baltikums natürlich Strukturen, die im Sinne von Lipset und Rokkan als Cleavages betrachtet werden können. Dazu zählen der Gegensatz von Zentrum und Peripherie, der insbesondere in Lettland ausgeprägt ist, wo in der Hauptstadt Riga mit Agglomeration etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt, Liepāja an der Westküste und Daugavpils im Dreiländereck mit Litauen und Weißrussland erreichen nach Einwohnern und Wirtschaftsleistung kaum Großstadtbedeutung. Litauen ist zwar multizentral mit den drei Großstädten Vilnius (Hauptstadt), Kaunas und der Hafenstadt Klaipėda am Kurischen Haff sowie den regionalen Zentren Panevežys und Šiauliai, doch auch diesen steht eine Peripherie gegenüber. Estland hat mit der Universitätsstadt Tartu ein zweites Zentrum neben seiner Hauptstadt Tallinn.

Dieser Cleavage ist partiell deckungsgleich mit einem weiteren, der erst während der Transformation entstanden ist, nämlich dem von Gewinnern und Verlierern. Während das Leben

⁵ Die baltischen Republiken haben die dramatischsten Unfallstatistiken Europas, Übergriffe gegen Studierende anderer Hautfarbe sind keine Ausnahme, wie auch Homosexuellenparaden in Lettland von der Polizei geschützt werden müssen.

auf dem Land zur Sowjetzeit oftmals besser war als in der Stadt, hat sich dieses Verhältnis heute ins Gegenteil verkehrt. Auch hier ist Lettland der deutlichste Fall, weil das Land zu kleinräumigen Einzelgehöften zurückgekehrt ist, in denen vielfach Subsistenzwirtschaft betrieben wird, und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften nicht erhalten wurden. Nach dem Zusammenbruch auch der Industrieproduktion wird der größte Teil des Sozialprodukts im Dienstleistungsbereich erwirtschaftet, weshalb Arbeit, Wohlstand und andere Vorteile des Systemwechsels vor allem von den Städtern genossen werden können.

Die Existenz dieser beiden Cleavages spiegelt sich im Parteiensystem nur äußerst geringfügig wider. In allen drei Staaten sind die diese Spaltungslinien ausdrückenden Parteien schwach. Die Volksunion in Estland hat einen viel geringeren Kreis an Wählern als der Anteil der ländlichen Bevölkerung erwarten ließe und die Bauernunion in Lettland hat in den vergangenen Jahren den Weg ins Parlament nur über verschiedene Listenkoalitionen geschafft. Zu einer beachtlicheren Kraft aber konnte sie nur deshalb werden, weil sie auch von städtischen Wählern unterstützt wird, seit sie mit dem Bürgermeister der wichtigen Hafenstadt Ventspils, Aivars Lembergs, zusammenarbeitet, der als einer der wichtigsten Oligarchen Lettlands gilt. Wie die Bauernpartei in Litauen, die von der früheren Ministerpräsidentin Kazimiera Prunskienė angeführt wird, sind alle diese Parteien eher Repräsentanten von früheren Kadern der Landwirtschaftsverwaltung als Vertreter der seit der Unabhängigkeit in neuen Strukturen arbeitenden Landwirte.

Der zweite bedeutende Cleavage ist ein ethnischer, der allerdings nur in Lettland und Estland existiert, wo infolge der umfangreichen Migration während der Sowjetzeit viele Menschen anderer Nationalität leben. Wobei für Lettland festgehalten werden muss, dass es zwar in jener Zeit auch die größte Migration gab, aber bereits vor dem Zweiten Weltkrieg existierte hier unter allen Staaten des Baltikums der größte Anteil nationaler Minderheiten. In beiden Ländern erhielten alle Menschen, welche vor der sowjetischen Okkupation Staatsbürger waren, und deren direkte Nachfahren 1991 automatisch die Staatsbürgerschaft. Die eigene Nationalität war und ist allerdings immer auch eine Frage der politischen Umstände und Lebensrealitäten gewesen. Gerade die Vertreter anderer slawischer Minderheiten als der Russen sind in der Sowjetzeit oftmals russifiziert worden. In Ostlettland, das einmal zu Polen-Litauen gehört hatte, sind zwar polnische Familiennamen häufig, die polnische Kultur wird jedoch nur in geringem Ausmaß gepflegt.

Die Tatsache, dass die während der Sowjetzeit eingewanderten Minderheitenvertreter die Staatsbürgerschaft nicht automatisch erhielten, sondern beantragen müssen⁷, wurde wiederholt als Ausschluss eines Teils der Bevölkerung aus dem Demos, also als Nichtgewährung „von politischen, ökonomischen und sozialen Rechten“ (Merkel 1999, 433), bezeichnet und veranlasste viele Publizisten wie auch Wissenschaftler zur scharfer Kritik: „Auch hier müssen die baltischen Staaten mit der Diskriminierung der russischen ‚Bürger‘ (...) als ein demokratieabträgliches und vernunftwidriges Beispiel für die ethnisch-nationale Definition von citizenship gelten.“ (Merkel 1999, 384). Es ist allerdings unzutreffend, dass die nicht zur Titularnation gehörenden und als Staatenlose lebenden Einwohner soziale und wirtschaftliche Rechte entbehrten, sie dürfen einzig auf nationaler Ebene nicht wählen. Aufgrund der hohen russischen Bevölkerungskonzentration im nordostestnischen Landkreis Ida-Virumaa verfügen die Staatenlosen in Estland allerdings über das aktive und passive kommunale Wahlrecht.

Die ethnische Frage betreffend weisen lettische Wissenschaftler auf das Paradoxon hin, dass die Ausgrenzung anderer Ethnien in Lettland eine stärkere Konfrontation bis hin zum Patt und zur Verfassungskrise verhindert habe (Broks / Ozoliņš / Ozolzīle / Tabuns / Tīsenkopfs 1998, 171). Zwar votierte beim Referendum über die Unabhängigkeit in Lettland und Estland ein größerer Teil der Minderheitenvertreter für das Ansinnen (Arter 1996, 200) in der Hoffnung, den innerhalb der Sowjetunion ansehnlichen Wohlstand nicht mehr mit anderen Republiken teilen zu müssen, jedoch gab es dann mit der Interfront („Internationale Front der Werktätigen“ Darbaļaužu Internacionālā Fronte) in Lettland und der Interbewegung (Interliikumine) in Estland einen hinreichend großen Anteil der Bevölkerung, die den unabhängigen Staat ablehnten. Und selbst dessen Befürworter hatten diesen als politisches Gebilde der estnischen und lettischen Nation nicht im Sinne. In Litauen war die Sozialistische Bewegung für die Umgestaltung in der Litauischen SSR – Einheit (єДИНСТВО) wegen des geringen Anteils der nicht litauischen Bevölkerung unbedeutend. Seither ist die staatsbürgerliche Integration politisch das geringere Problem gegenüber einer gesellschaftlichen Integration.

Häufig wird angenommen, dass diese Staatenlosigkeit v. a. Transformationsverlierer trifft. Aber das ist falsch, denn gerade die Landbevölkerung, welche als Transformationsverlierer gelten kann, umfasst fast ausschließlich ethnische Esten respektive Letten. Diese haben sich während des Umbruchs ebenfalls entschieden stärker auf die Unterstützung des Staates verlassen, auch weil sie die einzigen waren, welche aufgrund der Staatsbürgerschaft Beamtenpositionen besetzen

⁷ Es werden hierzu Prüfungen der Geschichts- und Sprachkenntnissen verlangt.

konnten, während die Staatenlosen zu anderen wirtschaftlichen Aktivitäten gezwungen waren. Gerade auch dadurch ist die russische Minderheit in Lettland der wirtschaftlich aktivere Teil der Bevölkerung. (Bohle / Greskovits 2007, 193)

Im estnischen Parteiensystem wirkt sich ethnische Cleavage aus diesem Grunde kaum aus. Nur einmal – während der Legislaturperiode 1995 - 1999 – gelangte eine russische Partei ins Parlament. Der bei der russischen Bevölkerung populäre Vorsitzende der Zentrumspartei, Edgar Savisaar, neutralisiert aber auch diesen Cleavage. Das Parteiensystem Lettlands weist jedoch einen starken ethnischen Cleavage auf, links gilt als Synonym für pro-russisch, rechts dagegen als pro-lettisch.

Besonders interessant ist, dass in beiden Ländern trotz der erwähnten kollektivistischen Grundeinstellung, welche eigentlich von sozialdemokratischen Parteien als Wählerreservoir genutzt werden könnte, keine nennenswerte politische Linke existiert. In Estland gibt es zwar eine Sozialdemokratische Partei, die aus den Moderaten hervorgegangen ist, sie ist aber nicht linksorientiert und war aber in den 90er Jahren an nationalkonservativen Regierungen beteiligt. Einzig die erwähnte Zentrumspartei geriert sich sozialdemokratisch, aber immer nur dann, wenn sie sich in der Opposition befindet. In Lettland führt der ethnische Cleavage zu einer Ausgrenzung der pro-russischen Parteien von der Macht. Die nationalen lettischen Kräfte vereinigen konservative gesellschaftliche Vorstellungen mit sozialdemokratischen Ideen in der Wirtschaftspolitik wie die nationalkonservative Kraft „Für Vaterland und Freiheit“, welche sich aber regelmäßig an Regierungen beteiligt hat, die in beiden Aspekten eine reformorientiertere Politik betrieben haben.⁸

Von einem deutlichen Cleavage kann eigentlich nur in bezug auf den ethnischen in Lettland gesprochen werden. Dieser überlagert den dortigen Zentrum-Peripherie-Konflikt ebenso wie den zwischen Transformationsgewinnern und -verlierern so stark, dass sich jene Spaltungslinien kaum im Parteiensystem wiederfinden, also cross-cutting Cleavages so gut wie überhaupt nicht existieren. Es verwundert dann auch wenig, dass in Estland alle im Parlament vertretenen Parteien miteinander koalitionsfähig sind, koaliert haben und eine Lagerstruktur kaum auszumachen ist. Solche auf den ersten Blick so unterschiedlich anmutende politische Kräfte wie die „Zentrumspartei“ von Edgar Savisaar wie auch die „Reformpartei“ von Siim Kallas wurden von Personen gegründet, deren politische Karriere in gemeinsamer wirtschaftspolitischer

⁸ Für das Referendum über die erleichterte Einbürgerung, welches 1998 gleichzeitig mit der Parlamentswahl stattfand, gab die Partei eine andere Abstimmungsempfehlung ab als ihre Koalitionspartner und verlor.

Opposition zur Sowjetunion während des Spätsozialismus unter Gorbatschow mit der sogenannten IME⁹ begann. Während also hier durchaus die von der Sowjetunion losgelöste Wirtschaft ein Thema war, wurde dieser Aspekt in Lettland wegen der großen Überfremdung durch die nationale Frage überlagert.

Wie im Westen gab es Sozialpopulismus auf beiden extremen Flügeln, links wie rechts. In Lettland ist diese Strömung mit dem Deutschletten Joachim Siegerist (Volksbewegung für Lettland) verbunden. Alle diese Parteien sind jedoch heute wieder aus dem Parlament verschwunden. Die aus reformorientierten früheren kommunistischen Kadern hervorgegangene „Demokratische (Zentrums) Partei“¹⁰ fusionierte später mit der populistischen Kraft *Saimnieks* (Hausherr), die 1994 durch den früheren Komsomolkader Ziedonis Čevers¹¹ gegründet worden war. Die Siegerist-Partei und die ebengenannte fusionierte Partei waren vorwiegend populistisch orientiert; sie drohten 1995 das stark zersplitterte Parlament zu paralysieren, eine Mehrheitsfindung wurde schwierig. Beim damaligen Urnengang galten sie zwar als Sieger, aber da die größten Parteien nur jeweils etwa 15% der abgegebenen Stimmen bekommen hatten, konnte bei keiner dieser Parteien von einem wirklichen Sieg gesprochen werden. In Litauen kam diese Entwicklung zum Populismus mit der „Arbeitspartei“ des Russen Viktor Uspaskich (Виктор Успаских) später; ihr Schicksal bleibt abzuwarten.

Die Menschen verorten sich also weniger ideologisch und Gräben tun sich deshalb nicht nur wegen gesellschaftlicher Cleavages auf, sondern ihre Identifikation findet über die Politiker statt, welche als fähig betrachtet werden, für Ordnung im Staate zu sorgen. Die verklärte Erinnerung an die wirtschaftliche Blütezeit unter autoritärer Herrschaft in der Zwischenkriegszeit begünstigen auch heute den Ruf nach einer starken Hand. Solche vermeintlichen Führer stellen sich zur Wahl und versammeln Anhänger um sich, die sie aus den existierenden politischen Parteien abwerben, gründen dann häufig neue Parteien und gehen mit diesen in die nächste Wahl, eine Tendenz, die in Estland, Lettland und Litauen sowohl eine hohe Volatilität als auch stark fragmentierte Parlamente nach sich zieht.

⁹ IME steht als Abkürzung für „Isemajandav Eesti“, was „selbstwirtschaftendes Estland“ bedeutet. „Ime“ als Wort gelesen bedeutet „Wunder“.

¹⁰ Nach der anfänglichen Idee, mit Hilfe des historischen Namens Demokratische Zentrumspartei Wähler zu binden, wurde der Begriff Zentrum aus dem Namen sehr bald gestrichen.

¹¹ Čevers war in der Volksfrontregierung Innenminister, und es wird ihm nachgesagt, seine später gegründete Stiftung Drošība (Sicherheit) gegen das organisierte Verbrechen habe sich auf eine aus dem Ministerium stammende Kartothek gestützt.

¹⁴ Savisaar hatte seine Gespräche während der Koalitionsverhandlungen 1995 heimlich aufgezeichnet.

Litauen unterscheidet sich aber von den beiden nördlichen Nachbarn. Weil es während der Sowjetzeit eine geringe Migration verzeichnete, konnte sich das Land für eine Null-Lösung in der Staatsbürgerschaftsfrage entscheiden, jeder Einwohner konnte sie sofort nach der Unabhängigkeit erhalten. Außerdem wurden die Kommunisten unter Algirdas Brazauskas nicht mit den Sowjets oder den Russen identifiziert. Dies führte nach 1992 zunächst zu einem Bipolarismus mit den aus dem Sąjūdis hervorgegangenen Parteien, der jedoch nach 2000 endete, als der damals populäre Generalstaatsanwalt Artūras Paulauskas die „Neue Union“ (Sozialliberale) gründete und der vormals als Ministerpräsident aus Protest gegen den Verkauf der litauischen Raffinerie Mažeikių Nafta an den amerikanischen Konzern Williams zurückgetretene Rolandas Paksas in die Splitterpartei „Liberale Union“ eintrat. Später folgte die bereits erwähnte „Arbeitspartei“.

Mit dieser Beschreibung wird deutlich, dass vorhandene Cleavages von den Persönlichkeiten und ihren Animositäten gegeneinander überlagert werden. Savisaar hatte sich durch seinen Regierungsstil als Ministerpräsident der Volksfrontregierung Estlands von 1990 bis 1992 Feinde geschaffen. 1995 folgte mit dem Aufzeichnungsskandal¹⁴ die Ursache für eine fortgesetzte Ausgrenzung einer großen Parlamentspartei. Diese wurde zwar zwischendurch aufgebrochen, als die „Zentrumspartei“ zwischen 2005 bis 2006 als Partner der Reformpartei gegen die konservative „Res Publica“ gebraucht wurde, doch trotz des Siegs dieser amtierenden Regierung 2007 wurde diese Koalition nicht fortgesetzt.

In Lettland gibt es den vergleichbaren Fall, dass die derzeitige Regierung an der mit schweren Korruptionsvorwürfen kämpfenden Partner „Bauernunion“ festhält, um die sich als Anti-Korruptionskraft gerierende „Neue Zeit“ nicht wieder als Partner zu benötigen. Lembergs als führender Politiker in der „Bauernunion“ in Koalition mit der von Andris Šķēle gegründeten „Volkspartei“ überwand das lang anhaltende Gegeneinander dieser beiden Persönlichkeiten, denn in Lettland gibt es auch einen Oligarchen-Cleavage. Heute arbeiten diese beiden oftmals als Oligarchen bezeichneten Politiker mit Ainars Šlesers, der dritten wichtigen Persönlichkeit, zusammen, um die „Neue Zeit“, die sich als Anti-Korruptions-Partei geriert und als einzige in der Tat keinen ökonomischen Clan hinter sich hat, als Partner nicht zu benötigen. Seit der letzten Legislaturperiode wird diese Partei von den anderen nationalen Kräften gemieden.

Nach dem Versuch im Oktober 2007, den Direktor der Anti-Korruptionsbehörde zu entlassen, was nur eine weitere Entscheidung in einer langen Reihe von umstrittenen Handlungen der Regierung Kalvītis bis hin zu einem Referendum im Sommer über die Novelle des Gesetzes zur nationalen Sicherheit war, kam es zu Protesten in der Bevölkerung, die den Regierungschef zum

Rücktritt zwingen. Im Dezember wurde schließlich eine neue Regierung unter Ivars Godmanis gebildet, der zu Volksfrontzeiten bereits Ministerpräsident gewesen war, und die aus denselben Gründen ohne die Beteiligung der „Neuen Zeit“ zustande kam.

Parteienentstehung und Entwicklung

Der in der Öffentlichkeit generell negativ belegte Parteibegriff ist ebenfalls ein politisch-kulturelles Erbe des Staatssozialismus. Zweifelsohne tragen die beschriebenen Enttäuschungen sowie die Schuldzuschreibung dafür an die politische Elite dazu bei, dass über dieses Erbe hinaus politische Parteien in Misskredit geraten sind. Insofern ist es kein Zufall, dass viele politische Kräfte seit der Unabhängigkeit den Titel Partei generell vermeiden, so „Lettlands Weg“, „Neue Zeit“ oder „Res Publica“.

Aber auch abgesehen davon sind die Parteiensysteme der baltischen Staaten noch nicht stabil sondern befinden sich nach wie vor im Wandel. Die Idee eines eingefrorenen Parteiensystems von Lipset und Rokkan (1967) ist auf die baltischen Staaten kaum anwendbar (Reetz 2004, 12). Anfangs gab es allerdings in allen drei Ländern auch wie überall die Spaltung in radikalere und gemäßigtere Kräfte in Opposition und alter herrschender Elite und die Entstehung entsprechender politischer Gruppierungen: Einerseits als die radikalen Vertreter ihrer Gruppen die Unabhängigkeitspartei (Opposition) und die Interfront (Elite). Als Gemäßigte gab es auf Seiten der Elite die von der KPdSU abgespaltenen Reformkommunisten sowie im Lager der Opposition die Volksfronten (Toomla 1999, 199). Diese Lager überlappten sich in den Volksfronten, die eine Mehrfachmitgliedschaft erlaubten. (Bollow 1998, 106f.) In Litauen, wo es keine starken Kräfte gab, die den Zerfall der Sowjetunion verhindern wollten, war die Interfront-Bewegung ebenso schwach wie die radikalen Dissidenten. Sąjūdis war überdies früher und konsequenter in der Verfolgung des Ziels der Unabhängigkeit als die Volksfronten in Estland und Lettland („Eesti Rahvarinne“ und „Latvijas Tautas Fronte“). Obwohl mehr als zehn Jahre nach der Unabhängigkeit hinzugefügt werden muss, dass diese ersten Ansätze eines Parteiensystems sich eben nicht zu dauerhaften Cleavages etablieren konnten, stützt die Feststellung eines solchen Ausgangspunktes der Entstehung von Parteiensystemen die Argumentation, dass gerade der Postsozialismus die Entwicklung der Parteiensysteme beeinflusst (Segert / Machos 1995, 275 ff.), denn diese spätsozialistischen Strukturen wurden eher zum Ursprung des heutigen

Parteiensystems als die ideologischen Importversuche aus dem Westen oder aber Vorkriegscleavages (bzw. historische Parteien¹⁵)

In keinem der Staaten existieren solche historischen Parteien, wenn man einmal von der bloßen Benutzung einiger historischer Namen – oder auch nur ähnlicher Bezeichnungen absieht. So ist in verschiedenen Wahlkoalitionen Lettlands „Bauernunion“ (Latvijas Zemnieku Savienība) bisher in jedem Parlament vertreten gewesen. Der Name lehnt sich an die Partei des in der Zwischenkriegszeit autoritär regierenden Kārlis Ulmanis an, dessen Partei allerdings „Union der lettischen Bauern“ (Latviešu Zemnieku Savienība) hieß. Der Versuch einer Erneuerung der historischen Sozialdemokraten endete in Lettland und Litauen mit der Vereinigung mit der vorher bekämpften postkommunistischen Schwesterpartei. In Litauen ist diese Partei nach wie vor relevant, in Lettland hingegen war sie nur eine Legislaturperiode im Parlament vertreten. Versuche sozialdemokratischer Wiedergründungen endeten in Lettland und Litauen in einer Fusion mit Reformkommunisten.

Zwischen gemeinsamem Ausgangspunkt und heutiger Realität besteht eine zu erklärende Differenz. Die von Mattusch bereits Mitte der 90er Jahre für die Parteienlandschaft konstatierte „Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte“ (Mattusch 1996) - Lettland mit zwei ethnisch gespaltenen Lagern, Litauen, dessen Bipolarität aufgebrochen wurde, sowie die dagegen amorphe Parteienlandschaft Estland - wird nachfolgend zu erklären versucht.

Die Instabilität der Parteien, die sowohl in inneren als auch äußeren Aspekten begründet ist (Reetz 2004, 159), führt zur Suche nach öffentlichen Personen, die das Gewicht der jeweiligen Partei zu vergrößern vermögen. Segert hatte bereits zu Beginn der 90er Jahre vorhergesehen, dass „auch einzelne Personen (...) ihre Spuren hinterlassen“ werden. (Segert 1993, 31) Um ihren fragilen Einfluss zu wahren, binden die Parteien bekannte und beliebte Persönlichkeiten mit hoher Popularität an sich. Als Beispiele können in Lettland der Komponist Raimonds Pauls und der Sportler Viktors Ščerbatih (Виктор Щербатих) gelten, wohingegen der ebenfalls populäre Komponist Imants Kalniņš immer aus eigenem Bedürfnis heraus politisch aktiv war.

Eine andere Quelle der Parteigründungen ergibt sich daraus, dass Politiker auf dem Zenit ihrer Popularität die Chance sehen, sich dauerhafter in Spitzenämtern zu verankern, indem sie eine eigene politische Kraft als Vehikel dieser Karriereinteressen gründen. Vor allem in Lettland waren solche Versuche seit 1993 regelmäßig erfolgreich. (Ginters 2007) Dahinter gibt es die

¹⁵ Unter „historischen Parteien“ werden diejenigen aktuellen Parteien verstanden, die sich nach dem Staatssozialismus auf eine politische Tradition sowie auf Personen berufen haben, welche für Parteien relevant waren, welche bereits in der demokratischen Phase der Zwischenkriegszeit existiert hatten.

Ochsentour eines Hochdienen weniger aus der Mitgliedschaft heraus, denn aus der Gruppe von Proteges dieser Spitzenpolitiker heraus, inwieweit hiermit neben politischer Gefolgschaft auch Klientelismus verbunden ist, lässt sich indessen schwer beweisen.¹⁶ Dementsprechend ist die besonders in Lettland feststellbare Volatilität (Ginters 2005) nicht nur im Erfolg und Misserfolg konkreter Parteien begründet, sondern ergibt sich auch aus diesen Wanderungsbewegungen einzelner Politiker. Kaum eine Partei ist aus einer sozialen Bewegung entstanden, sondern vorwiegend handelt es sich um top-down Gründungen. In Lettland sind die Gewinner der Wahlen von 1993, 1998 und 2002, „Lettlands Weg“, „Volkspartei“ (Šķēle) und „Neue Zeit“ (Repše) gute Beispiele dafür. In Litauen sind solche Parteigründungen die populistische „Partei der Arbeit“ von Uspaskich und die „Neue Union“ (Sozialliberale) von Paulauskas sowie die „Liberale Union“ von Paksas. In Estland lässt sich v.a. die Reformpartei nennen, die der jetzige EU-Kommissar und damalige Zentralbankpräsident Siim Kallas 1994 gründete. Dort ist die 2003 erfolgreiche und inzwischen in der „Vaterlandsunion“ aufgegangene „Res Publica“ eine Ausnahme, da sie von keinem vorher populären Parteiführer gegründet wurde. In Lettland hat Ainārs Šlesers mit der „Neuen Partei“ 1998 und der „Ersten Partei“ 2002 bereits wesentlich an zwei Neugründungen mitgewirkt.

Solche überaus große Flüchtigkeit des Parteienspektrums in allen drei Staaten bei unterliegender Kontinuität in der Gruppe von Spitzenpolitikern wird mit verschiedenen Begriffen bezeichnet, als „kaleidokopisch“, oder aber als „party hopping“: „This unpredictability is what we mean by „kaleidoscopic“. (Grofmann / Mikkel / Taagepera 2000, 331, 349) Dabei kennt die Regel natürlich wieder Ausnahmen. „Für Vaterland und Freiheit“ in Lettland etwa gehört als stabile Kraft hier zu den Ausnahmen.¹⁷ Diese Metapher des Kaleidoskops gilt allerdings vor allem nur eingeschränkt für Litauen, wo seit 1992 die gewendeten Kommunisten unter dem Namen „Litauens Demokratische Partei der Arbeit“ wie auch die aus dem Sajūdis hervorgegangene „Vaterlandsunion“ beständig sind. In Estland wiederum gibt es nur wenige vollständige Neugründungen, aber zahlreiche Fusionen und Parteienwechsel einzelner Angeordneten. Eine bedeutende Kraft ist mit der „Allianzpartei“ verschwunden. Trotzdem sind im neuen Parlament in Estland – wenn auch teilweise unter anderen Namen – vorwiegend politische Organisationen vertreten, die auch schon 1992 gewählt worden waren. In Lettland könnte das

¹⁶ Gerüchte über schwarze Gehaltslisten des Bürgermeisters von Ventspils beziehen sich nicht nur auf eine Partei, dürfen also als einfache Bestechung gelten.

¹⁷ Effektive Parteienzahl gegenwärtig EE: 4,28 / LV: 6,002 / LT: 3,56 (2,75) – in Klammern der Wert unmittelbar nach den Wahlen.

„Harmoniezentrum“ mehr oder weniger als stabile Kraft gelten, dessen Kern trotz vieler Mutationen dieser politischen Kraft die „Partei der Volksharmonie“ bleibt.¹⁸

Obwohl es in keinem baltischen Land Anti-System Parteien gibt, lassen sich doch gemiedene Akteure ausmachen, mit denen zumindest in einer bestimmten Periode kaum jemand eine Koalition eingehen will. In Estland und Lettland wurden verschiedene „Anti-Koalitionen“ gegen konkrete, darunter auch starke, Parteien gebildet wie die „Zentrumspartei“ in Estland und die pro-russischen Parteien in Lettland. (Reetz 2001, 2002) Die als Anti-Korruptionskraft auftretende „Neue Zeit“ in Lettland wurde nach ihrem Rückzug aus der Regierung 2005 ebenfalls bis zur innenpolitischen Krise 2007 von den anderen pro-lettischen Parteien gemieden.

Dieses anhaltende „party hopping“ und persönliche Animositäten zwischen den Spitzenpolitikern, welche die Stabilität der Regierungen untergraben, führten in den vergangenen Jahren zu häufigen Regierungsstürzen in den baltischen Republiken.²⁰ Zwar gab es bislang keine einzige vorgezogene Neuwahl, jedoch Koalitionswechsel sind ständig auf der Tagesordnung; keine Regierung war so lange an der Macht wie das zweite Kabinett von Mart Laar in Estland von 1999 bis 2002 ohne dass es auf irgendeinem Kabinettsposten einen Wechsel gegeben hat. In der Mitte oder gegen Ende einer Legislaturperiode entstehen als Übergangslösungen mitunter Minderheitsregierungen. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, dass Estland und Lettland dennoch bereits einen für den gesamten postsozialistischen Raum seltenen Wahlsieg einer im Amt befindlichen Regierung erlebten, wenn auch in beiden Fällen die entsprechende Koalition nicht fortgesetzt wurde, was wiederum in Lettland nur durch die knappe Mehrheitssituation, in Estland aber durch einen Partnerwechsel begründet war. Darum ist es nicht unzutreffend, wenn gelegentlich behauptet wird, egal welche Partei man in den vergangenen Jahren gewählt habe, es seien doch immer dieselben Personen an der Macht gewesen.

Der Eindruck, die Parteipolitik würde sich angesichts dieser Umstände um nichts als den Machterhalt stehen, muss zum Schluss noch relativiert werden. Zumindest für einige der beteiligten Akteure spielen Ideale eine Rolle, wie am Beispiel der lettischen „Volkspartei“ unter dem vormals parteilosen Ministerpräsidenten Andris Šķēle begründet wurde, ein Ideal. (Šķapars 2007) Der Wahlslogan damals, „mēs mīlam šo valsti“ [wir lieben diesen Staat – A.R.] spielte

¹⁸ Ginters hat in seiner Magisterarbeit (Ginters 2005) den Versuch unternommen, den Pederson Volatility Index auf Lettland anzuwenden und dafür Vorgänger- und Nachfolgeparteien in einem sich ständig wandelnden Parteienspektrum nachgezeichnet.

²⁰ In Lettland und Litauen amtiert derzeit jeweils die 14., in Estland die 11. Regierung.

darauf an, dass die Letten zwar stolz auf ihre Kultur, die Sängereisen oder die Volksweisen „Dainas“ etc. sind, dieses Selbstbewusstsein sich aber nicht auf den Staat als politisches Subjekt überträgt. (Reetz / Spolītis 2007a) Auch die gegen die Anti-Korruptions-Rhetorik der „Neuen Zeit“ von Einars Repše in Lettland war schon der ernsthafte Vorsatz, eine andere Politik zu betreiben, wie sich darin zeigte, dass er aus Gründen der Transparenz die Koalitionsverhandlungen vor laufender Kamera führen ließ. Ähnliches gilt für „Res Publica“ in Estland. Sie verdankt ihr Entstehung der Unzufriedenheit mit der erwähnten am längsten im Amt befindlichen liberalkonservativen Regierung von Laar.

Ein Versuch, durch Identifikation politischer Lager die Übersicht zu erleichtern

Angesichts der geschilderten extremen Flüchtigkeit der Parteien kann selbst die triviale Frage, welche Parteien es eigentlich in den baltischen Ländern gibt, kann kaum mehr als eine Momentaufnahme sein. Einen gewissen Ausweg aus dieser Situation bietet der nachfolgend unternommene Versuch einer Skizze der Lagerbildung, mit dem Ziel, die Orientierung im Parteienwirrwarr zu vereinfachen.

Insbesondere in *Estland* (ebenso, wenn auch mit den beschriebenen ethnisch induzierten Einschränkungen in Lettland) war Dank der sowjetischen Vergangenheit nach 1991 alles Linke unpopulär. (Lagerspetz / Vogt 1998, 72) „As a result, the right wing of the political spectrum is clearly overcrowded.“ (Alatalu 1992, 18), daran ändert weder die „Zentrumspartei“ von Savisaar etwas noch die „Allianzpartei“, welche aus den Reformkommunisten (anfangs unter dem Namen „Freies Estland“) hervorgegangen war. Diese Kraft hatte nach den ersten liberalen Reformjahren bei den Wahlen 1995 mit über 40% der Stimmen einen der bedeutendsten Wahlsiege in der Region nach 1991 überhaupt errungen, verschwand später aber in der Bedeutungslosigkeit und löste sich 2001 auf. Nach vielen Mutationen ist mit der „Volksunion“ nur eine Bauernpartei übrig geblieben, die früher mit Arnold Rüütel, der zum Ende der Sowjetzeit Parlamentspräsident gewesen war und später eine Amtsperiode als Staatsoberhaupt fungiert hatte, über eine wichtige politische Figur verfügte.²¹ Da ihre Wähler auf dem Lande vom wirtschaftlichen Wandel einstweilen am wenigsten profitieren, ist die Linksorientierung diese Partei (in einem sehr weiten Sinne verstanden) nicht besonders verwunderlich.

Die lange unter dem Namen „Moderate“ auftretende Partei ist nach Mutationen und unter Mitwirkung des Exil-Esten und jetzigen Präsidenten Toomas Hendrik Ilves in

²¹ Obwohl ihre Zukunft nach den aktuellen Korruptionsvorwürfen gegen ihren Parteivorsitzenden aus den letzten Jahren, Villu Reiljan, noch unklar ist.

„Sozialdemokratische Partei“ umbenannt worden. Sie beteiligte sich aber seit der Unabhängigkeit immer wieder an Regierungen mit wirtschaftsliberalem Kurs wie auch seit der Wahl von 2007. Demgegenüber steht „Vaterland“, eine Partei, die heute „Union“ heißt, weil sie sich zunächst mit der „Unabhängigkeitspartei“ und 2003 mit „Res Publica“ vereinigte. Die Partei hat ungeachtet ihrer konservativen Rhetorik die neoliberale Politik seit der Unabhängigkeit wesentlich mitbestimmt.

Klar zum liberalen Lager gehört die „Reformpartei“. Drei Parteien gelang der Sprung ins Parlament bislang nur einmal: Das war einerseits eine bereits erwähnte russische Listenkoalition 1995, daneben die weniger Ernst zu nehmenden „Unabhängigen Royalisten“ 1992 und nunmehr 2007 die „Grünen“, deren Zukunft freilich offen ist.

In *Lettland* ist eine vergleichbare Konsolidierung einstweilen nicht eingetreten. Zu den nationalen Kräften gehörten über die Jahre hinweg immer die wichtigsten Regierungsparteien wie „Lettlands Weg“, eine von Exilletten und Reformkommunisten gemeinsam gegründete Partei, die mehrfach den Regierungschef gestellt hat und die jedoch durch ihre Regierungspolitik an Popularität verloren hatte und inzwischen mit der auch als Priesterpartei bezeichneten „Ersten Partei“ von Ainārs Šlesers fusioniert hat, eine wertkonservative Schöpfung unter Beteiligung verschiedener Geistlicher. Einzige Partei, die sich in diesem Lager seit der Unabhängigkeit halten konnte ist „Für Vaterland und Freiheit“. Mit ihr kooperierte lange die in Lettland wertkonservative und bis dahin bedeutungslose „Grüne Partei“, ehe jene mit der „Bauernunion“ zusammenging.

Eine (historische) „Sozialdemokratische Partei“ wurde nach der Unabhängigkeit sowohl in Lettland als auch in Litauen wiedergegründet und fusionierte später mit der ursprünglich mit ihr verfeindeten kommunistischen Reformpartei. Diese einzige ernsthaft als links zu bezeichnende Partei verschwand in Lettland nach nur einer Legislaturperiode ebenso wie die eher als populistisch zu bezeichnende „Demokratische Partei“. Die allgemein als links betrachteten Parteien, die auf die russische Bevölkerung ausgerichteten Kräfte, haben nicht minder viele Mutationen hinter sich. Aus einer aus der „Volksfront“ hervorgegangene „Partei der Volksharmonie“ wurde durch Kooperation mit den ursprünglich gegen die Unabhängigkeit eingestellten „Interfrontisten“ die Fraktion „Für die Rechte des Menschen in einem integrierten Lettland“. Doch heute firmiert unter diesem Namen wieder nur der radikalere Teil, während der Rest inzwischen als „Harmoniezentrum“ bezeichnet wieder die Annäherung an die nationalen Kräfte versucht. Dies ist ein deutliches Zeichen für die Auflösung des Vierecks der Entstehung

des Parteiensystems, nachdem auch „Lettlands Weg“, als die wesentliche aus der „Volksfront“ hervorgegangene Kraft mit einer der Oligarchenparteien fusioniert hat.

Litauen war zunächst ganz im Gegenteil zu seinen beiden nördlichen Nachbarn durch die Bipolarität zwischen den Reformkommunisten unter dem populären Algirdas Brazauskas und der später als „Heimatunion“ firmierenden Unabhängigkeitsbewegung unter dem auch international bekannten Musikprofessor Vytautas Landsbergis gekennzeichnet. Die historischen Sozialdemokraten vereinigten sich nach anfänglichen Abgrenzungsübungen dann doch mit den Postkommunisten. Ähnlich wie in anderen Staaten des postsozialistischen Europas wechselten sich diese politischen Kräfte sowohl 1992 als auch 1996 an der Regierung ab, bis dann bei den Wahlen 2000 gleich zwei populäre Politiker diese Struktur aufbrachen. Der frühere Generalstaatsanwalt Artūras Paulauskas gründete die „Neue Union“ (Sozialliberale) und der vormalige Bürgermeister der Hauptstadt Vilnius und Ministerpräsident, Rolandas Paksas, trat der kleinen liberalen Partei bei. Unmittelbar danach bildeten beide gemeinsam eine Minderheitsregierung, was für die baltischen Staaten ungewöhnlich ist. Litauen wurde jedoch nach der Wahl Paksas' zum Präsidenten durch dessen Impeachment erschüttert und auf der politischen Bühne erschien die „Partei der Arbeit“, eine populistische Partei des russischen Unternehmers Viktor Uspaskich. Der aus Russland stammende Millionär bildete nach der Wahl 2004 eine Koalition mit den Sozialdemokraten von Brazauskas. Nachdem er unter Korruptionsverdacht geraten war, kehrte er 2006 nach dem Besuch einer Beerdigung in seinem Heimatland nicht nach Litauen zurück. Nachdem er dann in einer Nachwahl in Alytus im Süden Litauens antreten wollte, kehrte er im Herbst 2007 dann doch zurück und steht seitdem unter Hausarrest.

Fazit:

Begonnen werden soll damit, dass die Unterschiedlichkeit der baltischen Staaten hervorgehoben wird. Die baltischen Staaten mögen eine geographische Einheit bilden und als solche rezipiert werden, sie haben aber eine sehr unterschiedliche politische Kultur, es gab unterschiedliche Akteurskonstellationen im Übergangsjahrzehnt und insofern haben sich verschiedene Parteiensysteme entwickelt. Estland hat vorwiegend durch die Jugend der Minister der ersten Nachunabhängigkeitsregierung sowie seine Wirtschaftsreformpolitik sich das Image vom baltischen Tiger erworben und wurde überwiegend von Gegnern des *ancién regime* regiert, wohingegen in Lettland eine Koalition aus Exilanten und Reformkommunisten tonangebend war. Litauen wurde im ersten Jahrzehnt durch den breiten Konflikt zweier Lager beeinflusst.

Bemerkenswert für die Parteiensysteme in den baltischen Staaten ist einerseits die erwähnte außerordentlich hohe Instabilität, die im postsozialistischen Raum ohne Parallele sein dürfte. Andererseits aber gelang zwei amtierenden Regierungen in Estland und Lettland bereits eine Wiederwahl. Letztgenannte Entwicklung darf wenigstens in Estland wohl als beginnende „diffuse Unterstützung“ (Merkel 1999, 137) verstanden werden.²² In Lettland sollte man angesichts der jüngsten politischen Krise eher davon sprechen, dass viele Wähler 2006 einfach keine reale Alternative zur regierenden Koalition gesehen habe.

Nach Darstellung der ununterbrochenen Veränderungen unter den Parteien und in den Parteiensystemen in den baltischen Republiken muss die Frage erlaubt sein, ob von einem Parteiensystem überhaupt die Rede sein kann. Zumindest wenn man Duverger folgt, der die These aufstellte: Wo instabile Parteien mit hoher Dynamik ihres Entstehens- und Vergehens zu beobachten sind, besteht eigentlich kein Parteiensystem: „Häufig werden Vielparteiensysteme und Parteilosigkeit verwechselt“ (Duverger 1959, 242). Toomla dagegen konstatiert für Estland trotz der hohen Volatilität, des „fission and fusion“ und „party hopping“ eine gewisse Art von Stabilität der Parteipolitik, denn trotz Wechsel auf der Oberfläche sei es doch mehr oder weniger klar sei, wer bei den kommenden Wahlen ins Parlament gewählt werden würde. (Toomla 1999, 256) In Litauen scheint die Situation generell stabiler als in Estland und Lettland zu sein. Die Zukunft jener Parteien, welche die Bipolarität 2000 aufgebrochen haben, ist aber noch nicht endgültig entschieden.

Von den genannten Neugründungen existieren gegenwärtig nur noch die „Volkspartei“ und die „Neue Zeit“ in Lettland, die „Arbeitspartei“ und die „Sozialliberalen“ in Litauen sowie die „Reformpartei“ in Estland. Mit Ausnahme der Letztgenannten wie auch der „Volkspartei“ in Lettland bleibt es einstweilen offen, welche Parteien etwa in zehn Jahren noch existieren werden. Interessanterweise ist die einzige beständige Partei Lettlands auch jene, die aus einer sozialen Bewegung entstanden ist, aus der Lettischen Unabhängigkeitsbewegung, die sich später mit der ebenfalls mehr oder weniger bottom-up gegründeten, aber nationalradikaleren „Für Vaterland und Freiheit“ vereinigte.²³

Die Parteien in den betrachteten Staaten, insbesondere aber in Lettland, fallen außer durch ihre hohe Instabilität auch durch ihre niedrigen Mitgliederzahlen auf. In vielen Fällen ist sie mit der

²² Das behauptet auch der lettisch-estnische Politologe Veiko Spolītis, allerdings gibt es hierzu keine verlässlichen Daten.

²³ Diese war aus dem Bürgerkongreß (Polsoņu Kongress) hervorgegangen, der eine Art aus der Bevölkerung organisiertes Gegenparlament zum Obersten Sowjet darstellte.

Zahl der Mandatsträger der Partei auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems identisch. Da sie nur Vehikel des Machterhalts einer kleinen Gruppe sind, ist in ihnen die innerparteiliche Demokratie kaum ausgeprägt.²⁴ Einstweilen sind die Parteien in den baltischen Staaten vorwiegend Wahlclubs ihrer Spitzenpolitiker ohne Verankerung im Volk. Nur wenige Parteien verfügen über eine auch außerhalb der Hauptstadt vertretene Mitgliedschaft, die sich aus den Personen zusammensetzt, die Wahlämter in der Kommunalverwaltung ausüben.

Wenn man sich die Frage stellt, ob diese rudimentären Parteien ihre Funktionen für die entsprechenden demokratischen Regierungssysteme erfüllen, so scheinen sie zumindest die Aufgabe einer Mobilisierung von Wählern für die Stimmabgabe hinreichend erfüllt, außer vielleicht in Litauen, in denen bei der letzten Wahl 2004, wo nicht einmal mehr die Hälfte der Wahlberechtigten teilnahmen.

Bei der Betrachtung der Qualität der Demokratien fallen in Lettland ernsthafte Defizite ins Auge. Die Demokratie ist hier eher formell, oder plakativer ausgedrückt: sie ist eine „Diktokratie“, in der starke wirtschaftliche Akteure, entweder direkt oder vermittelt populärer Persönlichkeiten, Parteien gründen und damit das demokratische System instrumentalisieren. Trotz der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dieser Art Korruption sind die Oligarchen wie Lembergs über Jahre hinweg in der Lage, das Elektorat an sich zu binden. Selbst seine Festnahme im März 2007 wird nicht als gerechtfertigtes staatliches Handeln verstanden, sondern als Rache der restlichen politischen Elite, die Lembergs, von dem in der öffentlichen Meinung nicht nur seine Veruntreuung bleibt, sondern auch, dass er als Bürgermeister in seiner Stadt für Ordnung gesorgt hat, und die Vermutung, er solle gerade deshalb auf der nationalen Ebene nicht an die Macht gelassen werden.

Zusammenfassend bleibt die Einsicht in den hohen Grad der Personalisierung der Politik. In den baltischen Staaten haben weder eine Neugründung noch eine Adaption historischer Parteinamen den parteipolitischen Erfolg garantiert, übrigens auch nicht die ideologische Unterstützung durch politische Stiftungen aus dem Ausland, sondern dem Wahlerfolg zu Grunde lagen im Wesentlichen steigende und sinkende Sterne von Persönlichkeiten. Aus diesem Grunde ist zu erwarten, dass auch in näherer Zukunft die hohe Flüchtigkeit der Parteiensysteme erhalten bleibt.

²⁴ Das wird in der Literatur nicht das einzige Demokratiedefizit betrachtet. Merkel verweist darauf, dass die fehlende Partizipation der Russen Lettland und Estland als defekte Demokratien erscheinen lässt. (siehe u. a. Merkel / Stenull 2002) Dem widersprechen andere Autoren mit dem Argument, es gäbe kein durch das Parteiensystem grundsätzlich unerfülltes Partizipationsverlangen der Bevölkerung. (Widmaier / Gawrich / Becker, 1999, 186f.)

Literatur

- Alatalu, Toomas 1992: Estonian elections unanswered questions and answers; in: *The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics*, Tallinn
- Arter, David 1996: *Parties and democracy in the Post-Soviet republics: the case of Estonia*, Aldershot Dartmouth
- von Beyme, Klaus 1984: *Parteien in westlichen Demokratien*, München
- Bohle, Dorothee / Greskovits, Béla 2007: Neoliberalismus, eingebetteter Neoliberalismus und Neokorporatismus: Sozialistische Hinterlassenschaften, transnationale Integration und die Diversität osteuropäischer Kapitalismen; in: *Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa*, Wien, S.185-205
- Bollow, Undine 1998: Politisches und Rechtssystem Estlands; in: Graf, Heike / Kerner, Manfred (Hrsg.): *Handbuch Baltikum heute*, Berlin
- Broks, Jānis / Ozoliņš, Uldis / Ozolzīle, Gunārs / Tabuns, Aivars / Tīsenkopfs, Tālis: Demokrātijas stabilitāte. Latvijā: priekšnoteikumi un izredzes; in: Tabuns, Aivars (Hrsg.): *Sabiedrības pārmaiņas Latvijā*, Rīga 1998, S.142-173
- Duverger, Maurice 1959: *Die politischen Parteien*, Tübingen
- Ginters, Māris 2005: Vēlētāju balsojuma mainīgums (Electoral Volatility) Latvijas Republikas Saeimas vēlēšanu rezultātu kontekstā 1993. – 2002. Unveröffentlichte Magisterarbeit
- Ginters, Māris 2007: Eigenheiten der Entstehung der politischen Parteien in Lettland. Schwankungen der Wählerunterstützung; in: Axel Reetz (Hrsg.): *Aktuelle Probleme postsozialistischer Länder. Das Beispiel Lettland*, Wittenbach/SG, S.37-44
- Grofman, Bernard / Mikkel, Evald / Taagepera, Rein 2000: Fission and fusion of parties in Estonia; in: *Journal of Baltic studies* 4/2000, S.329-357
- Juchler, Jakob 1994: Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas; in: *Osteuropa* 2/94
- Ķemers, Ivars 2001: Kleptokrātijas plusi un mīnusi, Diena 13. November
- Lagerspetz, Mikko / Vogt, Henri: *Estonia 1998*; in: Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H. (Hrsg.): *The Handbook of political change in Eastern Europe*, Cheltenham
- Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein 1967: *Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives*, Free Press
- Mattusch, Katrin 1996: Vielfalt trotz ähnlicher Geschichte. Die drei baltischen Staaten und ihre unterschiedlichen Parteiensysteme; in: Segert, Dieter (Hrsg.): *Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989*, Berlin
- Mény, Yves: The people, the elites and the populist challenge, Key note address to the German political science association meeting, Bamberg October 1997
- Merkel, Wolfgang 1999: *Systemtransformation*, Opladen
- Merkel, Wolfgang / Stenull, Kai 2002: Gutachten zum Stand der wirtschaftlichen und politischen Transformation in Lettland 1998-2002, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, CAP Manuskript
- Ostrovskā, Ilze 1996/97: The State and it's civil society: Priorities in a period of transition; in: *Humanities and Social Sciences* 4(13)/96 1(14)/97
- Ostrovskā, Ilze 2000: Nationalism and democracy: The choice without choice; in: *Latvijas Universitātes Filozofijas un Socioloģijas institūts*, Rīga
- Pabriks, Artis 1998: Komunitārisma un individuālisma vērtību ietekme uz politiskās nācīgas veidošanos Latvijā; in: *Pilsoniskā apziņa*, Rīga
- Przeworski, Adam 1991: *Democracy and the market: political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge University Press
- Putniņa, Aivita 2001: Strādāsīm vai noalgosim Antiņu? Interview www.politika.lv 11. September
- Reetz, Axel 2001,2002: From personality to anti-coalition. Exclusion as a principle of coalition making; in: *The Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics* Nr. 6 (108), Tallinn 2001/2002, S.137-144 & Nr. 7 (109), Tallinn 2001/2002, S.134-144
- Reetz, Axel 2004: *Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten*, Wittenbach/SG
- Reetz, Axel / Spolītis, Veiko 2007: Die Sehnsucht des Volkes nach einer unschuldigen Politik; in: Axel Reetz (Hrsg.): *Aktuelle Probleme postsozialistischer Länder. Das Beispiel Lettland*, Wittenbach/SG, S.134-151
- Reetz, Axel / Spolītis, Veiko 2007a: Ilgas pēc nevainīgas politikas, www.politika.lv, 28. März
- Segert, Dieter 1993: *Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert*, Antrittsvorlesung Humboldt-Universität zu Berlin vom 29.11.1993
- Segert, Dieter / Machos, Csilla (Hrsg.) 1995: *Parteien in Osteuropa. Kontext und Akteure*, Opladen

- Segert, Dieter / Stöss, Richard 1997: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen in Osteuropa nach 1989 – Eine Bilanz; in: Segert, Dieter / Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen
- Segert, Dieter 1998: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozeß; in: Süßmuth, Hans (Hrsg): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989-1995
- Segert, Dieter 2007: Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa, Wien
- Spolītis, Veiko 2007: Igaunijas vēlēšanu pragmatisms? Diena 28.2.
- Spolītis, Veiko 2007a: Tēriņu griesti – tests demokrātijai, www.politika.lv, 24. April
- Škapars, Jānis 2007: Jūrmalgeita un daudzpartiju problēma, Kultūras Diena 9. Februar
- Taagepera, Rein 1999: Valimisreeglid Eestis aegade jooksul; in: Riigikogu valimised 1999, Tartu
- Toomla, Rein 1999: Eesti erakonnad, Tallinn
- Tuchtenhagen, Ralph 2005: Die Geschichte der baltischen Staaten, München
- Widmaier, Ulrich / Gawrich, Andrea / Becker, Ute 1999: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen